

die Lage der arbeitenden Classen wirklich gedrückt ist. Ich glaube, es nützt dem Lande mehr, wenn man offen und frei Uebelstände zur Sprache bringt, als die Sachen zu beschönigen sucht. Aber Verhörungen habe ich niemals getrieben, ich weise die Insinuation des Herrn Frißsche ganz entschieden zurück. Der Herr Abg. Frißsche hat aber gleichzeitig behauptet, es gebe so viele gute Arbeitgeber, die niemals daran dächten, die Besserstellung des Arbeiters zu beeinträchtigen. Ich führe bloß zwei Thatsachen an aus der allerjüngsten Zeit, belegt durch die Regierungsbeamten selbst. Als unsere brave Arbeiterbevölkerung im Zwickauer Revier bei dem letzten Streike versuchte, nur wenige Groschen mehr zu verdienen, als sich sogar die Regierungsbeamten alle Mühe gaben, mit den Kohlenbaronen dahin Uebereinkommen zu treffen, daß Niemand gemäßigert werden sollte, der für seine Berufsgenossen eingetreten war, da waren es die Bergwerksbesitzer, die den Regierungsbeamten das Wort gegeben hatten, die es schmähslich brachen und dann die Arbeiter maßregelten. Noch in letzter Zeit, als die Arbeiter der Zwickauer Kohlenbranche einen ihrer Berufsgenossen nach Paris delegirten, weil sie überzeugt waren, es könne nur dann eine Besserung eintreten, wenn sie mit anderen Arbeitern Fühlung nähmen, ging ein Arbeiter, ein gewisser Stranz, zu seinem Werkdirector und sagte: ich habe von meinen Kameraden das Vertrauen bekommen, nach Paris zu gehen; gestatten Sie, daß ich 14 Tage Urlaub habe? Und der Herr Director erklärte, wenn Sie Urlaub haben wollen, gehen Sie ruhig, es geschieht Ihnen Nichts. Und was geschah? Als er zurückkam, wurde er auf dem betreffenden Werk gemäßigert, entlassen und bekommt auf dem ganzen Revier keine Arbeit mehr. Ist das Wohlwollen für die Arbeiter? Nein, was von jener Seite geschieht, sind nur leere und hohle Phrasen.

Meine Herren! Es ist nun aber weiter angeführt worden von Seiten des geehrten Vicepräsidenten Georgi, ich hätte es mir ja viel leichter machen können zur Begründung meines Antrags, wenn ich mich einfach auf die ersten Anträge, die seine Partei in früheren Jahren in dem gleichen Sinne an die Kammer gebracht hätte, bezogen hätte. Ich bin erfreut, zu hören, daß auch in der Partei, wo der Herr Vicepräsident sich befindet, schon vor Jahren nach unserer Richtung hin Anträge gestellt sind. Leider hatte ich damals nicht die Ehre, dieser Kammer anzugehören, und mir war es nicht bekannt, daß in dieser Richtung schon Anträge gestellt worden sind, und, meine Herren, wenn sie auch gestellt waren, sie sind damals abgelehnt worden durch die Erste Kammer und es ist die Ablehnung motivirt worden damit, daß

es die Finanzlage des Landes nicht erlaubte, eine Entlastung der unteren Classen eintreten zu lassen. Heute liegen aber die Sachen ganz anders, heute gestattet uns unsere Finanzlage, die Entlastung der unteren Classen voll und ganz vorzunehmen, und zwar ist ein rechnungsmäßiger Ueberschuß durch das letzte Budget festgestellt worden von 3,738,136 Mark. Es sind weiter die Ueberschüsse der Eisenbahnen weniger eingestellt um 2 Millionen ein paar mal hunderttausend Mark, was einen Ueberschuß ergibt von 5 oder 6 Millionen. Es gestattet uns also unsere Finanzlage reichlich, eine Entlastung der unteren Classen, die bloß 700,000 Mark betragen, eintreten zu lassen, und deshalb glaube ich, wird auch heute diejenige Partei, die früher ihren Antrag abgelehnt sah, von Neuem zustimmen, daß diese Entlastung jetzt eintritt.

Meine Herren! Eine weitere Erwiderung ist gemacht worden, daß man nicht das Richtige treffen würde, wenn man die Entlastung nach unten hin vornähme und nicht gleich eine Entlastung der mittleren Classen ins Auge fassen wollte. Meine Herren! Auch wir haben uns mit dem Gedanken befaßt, auch wir haben, als wir den Antrag beriethen, uns gefragt: Was wird der richtige Weg sein, können wir bei 600 Mark anfangen, die Steuer zu erheben, oder bei sieben oder acht Hundert? Das jetzige Steuersystem hat auch eine Norm darin, indem sie 300 als den Anfang der Besteuerung nimmt. Wir mußten zu einem bestimmten Satze zurückgreifen, wir haben auf 600 zurückgegriffen. Wir wollen aber gleichzeitig durch unseren Antrag auch eine Entlastung der mittleren Classen mit eintreten lassen, indem wir keine procentuale Erhöhung vorschlagen von der 1. bis 16. Classe, d. h. bis zu 20,000 Mark Einkommen. Dadurch stehen schon die mittleren Classen etwas besser, als die oberen, die wir progressiv stärker heranziehen. Nun, meine Herren, soll aber auch unser Schulantrag gleichzeitig mit die mittleren Classen entlasten und, wenn derselbe Berücksichtigung in der Deputation und von der Kammer finden sollte, wird auch der Einwand vollständig widerlegt, der hier erhoben wurde und zwar vom Herrn Abg. Streit, wie geschehe es denn bei den Leuten, die auf dem Lande wohnen und sich bei einem Einkommen von 500 oder 600 Mark wohl befinden und unverheirathet sind, sollen die frei ausgehen? Unser Antrag entlastet die Familienväter, indem wir sie vom Schulgelde befreien. Auch hier treffen wir das Richtige sicherlich, indem die mittleren Classen nach dieser Richtung in Berücksichtigung gezogen werden. Nun, meine Herren, kann ich aber weiter constatiren, daß von allen den geehrten Herren Vorrednern, auch von dem Herrn Regierungskommissar, meine Ausführungen in